

Andrea Brait · Michael Gehler (Hg.)

Umbruch- und Wendejahre

Österreichs Bundesländer und ihre Nachbarn 1989/91





Andrea Brait und Michael Gehler (Hg.): Umbruch- und Wendejahre

Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien
der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Herausgegeben von
Robert Kriechbaumer (†) · Franz Schausberger · Hubert Weinberger

Band 89



Andrea Brait und Michael Gehler (Hg.): Umbruch- und Wendejahre

Andrea Brait und Michael Gehler (Hg.)

Umbruch- und Wendejahre

Österreichs Bundesländer und ihre Nachbarn 1989/91

BÖHLAU

ZukunftsFonds
der Republik Österreich



mit Unterstützung von
Kultur



Zukunftsfonds der Republik Österreich; Amt der Salzburger Landesregierung;
Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Kultur; Amt der Oberösterreichischen Landesregierung;
Amt der Niederösterreichischen Landesregierung; Amt der Burgenländischen Landesregierung,
Abteilung 7 – Bildung, Kultur und Wissenschaft; Amt der Vorarlberger Landesregierung;
Land Kärnten Kultur; Stadt Wien Kultur

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2024 Böhlau, Zeltgasse 1, A-1080 Wien, ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill BV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore;
Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill BV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh, Brill Fink,
Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, V&R unipress und Wageningen Academic.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung:

Umschlagabbildung: Jiří Dienstbier (rechts), der erste tschechoslowakische Außenminister
nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes Ende 1989, und sein österreichischer
Amtskollege Alois Mock (Mitte) durchschneiden symbolisch den Stacheldrahtzaun an der tschecho-
slowakisch-österreichischen Grenze, 17. Dezember 1989 (picture alliance / dpa | Korcak Vit)

Korrektorat: Vera M. Schirl, Wien
Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: büro mn, Bielefeld
Druck und Bindung: Hubert & Co, Göttingen
Gedruckt auf chlor- und säurefrei gebleichtem Papier
Printed in the EU

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-205-22156-2

Im Andenken an
Robert Kriechbaumer

Inhaltsverzeichnis

Andrea Brait und Michael Gehler

ÖSTERREICHS BUNDESLÄNDER UND DIE UMBRÜCHE 1989/91
Erste Befunde und weiterführende Überlegungen 9

Maximilian Graf

DAS BURGENLAND AM ENDE DES KALTEN KRIEGES
Ostöffnung und EU-Beitritt 31

Andreas Weigl

DIE »WENDEJAHRE« 1989–1991 IN DER
ÖSTLICHSTEN HAUPTSTADT DES WESTENS 89

Andrea Brait

»AM ANFANG WAR DIE NEUGIER AUF BEIDEN SEITEN SEHR GROSS.«
Die Folgen der Revolutionen 1989 für Niederösterreich 131

Michael John

OBERÖSTERREICH. DIE OSTÖFFNUNG UND IHRE FOLGEN
Recherchen, Skizzen, Blitzlichter 185

Anita Ziegerhofer

DIE STEIERMARK
Von der Öffnung des Ostens bis zum Zerfall der Sowjetunion 1989–1991 . . . 239

Julia Brandstätter, Karlo Ruzicic-Kessler

KÄRNTEN UND DIE SCHICKSALSJAHRE 1989/91 307

Franz Schausberger

1989/90: SALZBURG ENTDECKT DIE AUSSEN- UND EUROPAPOLITIK 343

Nikolaus Hagen

»HOHER TIROLER LANDTAG! ÖSTERREICH IST FÜR DIESE
OSTBLOCKLÄNDER DAS TOR ZUM WESTEN«

Die Tiroler Landespolitik und die Ostöffnung 1989–1991 403

Wolfgang Weber

DER DOMINANTE BLICK NACH INNEN

Vorarlberg in den Jahren 1989/91 447

Michael Gehler

VON DEN UMBRUCHJAHREN ZUR STREITBEILEGUNG
UND BEGRÜNDUNG DER EUROPAREGION

Die pragmatische Lösung der Südtirolfrage 1989/91–1995 497

Valerie Heim

PERSONENREGISTER 551

Andrea Brait und Michael Gehler

Österreichs Bundesländer und die Umbrüche 1989/91

ERSTE BEFUNDE UND WEITERFÜHRENDE ÜBERLEGUNGEN

I. DIE POLITISCHE GROSSWETTERLAGE IN EUROPA 1989–1991

1.1 *Die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa und die deutsche Einigung 1989/90*

Die kommunistischen Herrschaftssysteme in Mittel- und Osteuropa gaben im Jahre 1989 ihre Macht ab und lösten sich in atemberaubender Rasanz nacheinander auf. Die Ursachen und Anlässe, Verläufe und Auswirkungen sind hinsichtlich eines Ländervergleichs mannigfaltig.¹ Reformbestrebungen in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) unter Michail Gorbatschow vermittelten zunehmend seit Mitte der 1980er-Jahre den Andersdenkenden in den sozialistischen »Bruderstaaten« politische Motivation und moralische Legitimation. Das »Umbruchjahr« war auch Ergebnis einer »erfolgreich gescheiterten« Revolution der kommunistischen Selbstüberwindung.² Die deutschen Umbrüche bewegten sich zeitlich in der Mitte der Geschehnisse. Sie machten nicht den Anfang, sondern folgten auf revolutionäre Ereignisse in Polen und Ungarn. Der »Fall der Mauer« in Berlin am 9. November entwickelte dann jedoch Schubkraft für die politischen Umwälzungen in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) und in Rumänien. Im Herkunftsland des Papstes hatte die erste organisierte Massenopposition ihren reformpolitischen Anfang genommen.³

Die gesellschaftlichen und ökonomischen Hintergründe sowie die politischen Folgen waren komplex.⁴ Gemeinsamkeiten in Wurzeln und Ursachen mischten sich mit Unterschieden der Merkmale, des Geschehens und der Ergebnisse der umstür-

1 Zusammenfassend: Michael Gehler, Die Umsturzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 54 (2004), Heft 41/42, S. 36–46, <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43728/die-umsturz-bewegungen-1989-in-mittel-und-osteuropa/>, eingesehen 30. 6. 2024; Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (Hrsg.), *The Revolutions of 1989. A Handbook* (Österreichische Akademie der Wissenschaften/Philosophische Historische Klasse/Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung/Internationale Geschichte/International History 2), Wien 2015; Wolfgang Mueller (Hrsg.), 1989. Die Samtenen Revolutionen, Österreich und die Transformation in Europa, Wien 2017.

2 Ludger Kühnhardt, *Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang*, München 1994, S. 233–256, hier S. 243, 250.

3 Ivan T. Berend, *Central and Eastern Europe, 1944–1993. Detour from the periphery to the periphery*, Cambridge 1996, S. 254–266.

4 Ebd., S. 222–253.

zenden Entwicklung. Die sich abzeichnende militärische Niederlage der UdSSR in Afghanistan; die Entlassung der alten Garde unter Parteichef Leonid Breschnew; der schleichende ideologische Erosionsprozess; das Entstehen »zweiter« oder sogenannter Schattenwirtschaften; die verstärkte Integration Mittel- und Osteuropas in das westlich-kapitalistische Wirtschaftssystem mit einer Zunahme des Handels und der Auslandsschulden; die Unmöglichkeit, die von der »dritten industriellen Revolution« ausgehenden Innovationen der Mikroelektronik nachzuvollziehen und zu leisten sowie das Anwachsen einer *civil society* als »zweite Gesellschaft« führten zu einem Problemlösungsstau, der sich in den politischen Umstürzen 1989 äußerte.⁵

Eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Unterschiede fallen auf: Ohne Gorbatschows Politik, die mit der Breschnew-Doktrin der eingeschränkten Souveränität der »Bruderstaaten« gebrochen hatte, wären die Umstürzbewegungen nicht möglich gewesen. Er war Motor des Wandels, wenngleich er diesen beim Auslaufen seiner Amtszeit ab 1989/90 weder steuern konnte noch dessen Resultate so auch jemals wollte. Die deutsche Einigung, eingebettet im Atlantischen Bündnis, das Ende der Sowjetunion und die Mitgliedschaft in der North Atlantic Treaty Organization (NATO) aller ehemaligen Verbündeten in Mittel- und Osteuropa sind Beispiele unbeabsichtigter Wirkungen seiner Politik. Angesichts notwendiger durchgreifender Reformen stellte sich für die Sowjetunion und ihre Verbündeten die Frage ihrer politischen Existenzfähigkeit und staatlichen Überlebensmöglichkeit. Im Jahre 1989 zeigte sich die Wettbewerbsunfähigkeit der gestürzten Regime und gleichzeitig der Überlebenswille der von ihnen bis dato beherrschten Bevölkerungen.⁶

Die unterschiedliche vorrevolutionäre Erfahrung und das gemeinsame kollektive Erlebnis der Niederwerfung der Volksaufstände und Widerstände – 1953 in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und in Polen ab 1981 – durch den poststalinistischen und sowjetsozialistischen Totalitarismus prägten in den geschilderten Umbruchszeiten sowohl das Handeln und Verhalten der Opposition als auch das Agieren und Reagieren der Regime. In Rumänien vollzog sich hingegen die Preisgabe der kommunistischen Staatsmacht gewaltsam.⁷ Eine echte Chance auf Regeneration der sozialistischen Einparteien-

5 Ben Fowkes, Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa, Mainz 1994, S. 170–176, S. 183–190.

6 György Szabad, Zukunft aus der Geschichte, in: Uwe Thaysen/Hans Michael Kloth (Hrsg.), Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR, Baden-Baden 1992, S. 29–32, hier S. 29–30; Péter Tölgyessy, Die »ausgehandelte« Revolution zwischen Apathie und Zivilgesellschaft, in: Uwe Thaysen/Hans Michael Kloth (Hrsg.), Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR, Baden-Baden 1992, S. 33–45, hier S. 33.

7 Fowkes, Aufstieg und Niedergang, S. 183–184.

systeme und Kommandowirtschaften gab es praktisch nicht. Die kommunistischen Diktaturen waren von »Selbsterneuerungsunfähigkeit« gekennzeichnet. Mit permanenten Systemdefiziten waren mittelfristig Systemkrisen verbunden und langfristig Systemzerfall unvermeidbar.⁸

Timothy Garton Ash hat auf Polen und Ungarn bezogen von »Refolutionen« gesprochen, einem Mischungsverhältnis von »Revolutionen« als Druck der Straße (»von unten«) und »Reformen« der Systeme (»von oben«). Pointierter nannte er den Zusammenbruch der DDR eine Kombination »aus gesundem Menschenverstand und Schlamperie der neuen Parteiführung«.⁹ Das alles habe den gewaltfreien und folgerichtigen Paradigmenwandel erst ermöglicht. Daneben wirkte das Fernsehen als Produzent und Multiplikator der Informationen von Aufmärschen, Botschaftsbesetzungen und Flüchtenden. Die TV-Nachrichten hatten einen »Demonstrationseffekt«, der die Bewegungen auslöste und in Gang hielt.¹⁰

Ben Fowkes hat die »sogenannten Revolutionen« 1989/90 nicht als eine gleichzeitige Katastrophe, sondern eher als eine »Kettenreaktion« bezeichnet.¹¹ Die Gewerkschaftsbewegung in Polen und die sozioökonomische Liberalisierung in Ungarn bildeten Vorläufer und Pioniere der Umsturzbewegungen. Die Opposition in der DDR und der ČSSR profitierte von ihren Freiheitsbestrebungen. Rumänien eilte der Entwicklung nur noch gewaltsam nach. DDR und ČSSR erlebten demokratische Revolutionen mit einer starken nationalen Dimension: In Ostdeutschland hatte sie die Einigung mit Westdeutschland und in der ČSSR eine Sezession zur Folge. Im ersten Fall gab es rasche und substantielle Hilfe von der Bundesrepublik, in den anderen Fällen fehlte ein großer helfender Bruder.

Die Forderung nach Freiheit war ein zentrales Anliegen der Protestbewegungen. Sie manifestierte sich durch »Runde Tische«, kommunistische Pseudo- oder semi-demokratisch legitimierte Parlamente. Über die transitorischen Artikulationsforen führte der Prozess unaufhaltsam zu pluralistischen Erscheinungen westlich-demokratischer Ausprägung. Freiheitserringung bedeutete allerdings nicht automatisch Demokratie-sicherung und Rechtsstaatsgarantie. So ergaben sich neue Spannungsfelder: einerseits die Diskrepanz zwischen politischer Veränderung und wirtschaftlicher Neugestaltung, andererseits das Dilemma zwischen rascher institutioneller Reform im staatlichen Bereich und zäher Demokratisierung des politischen Lebens. Die Macht der Aufbegehrenden 1989 hatte in der Beseitigung alter, nicht aber in der Herstellung neuer Machtverhältnisse bestanden: In der erreichten Delegitimierung des alten Regimes

8 Kühnhardt, *Revolutionszeiten*, S. 213, S. 219.

9 Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München-Wien 1993, S. 505.

10 Fowkes, *Aufstieg und Niedergang*, S. 204.

11 Ebd.

bestand ihre Stärke, in der ausgebliebenen Konstituierung neuer Ordnungen ihre Schwäche.¹² Aus der »Augenblicks-« und »Freiheitsrevolution«,¹³ einer Ereignisverdichtung mit »Folgen einer unerhörten Begebenheit«,¹⁴ wurde ein Transitorium mit unkalkulierbaren Folgen. Verbindlich war nur das Ende der sowjetrussischen Hegemonie über Mittel- und Osteuropa. Insofern wurde ein Jahrhundert abgewählt.¹⁵

Der Kalte Krieg ging zu Ende, der Friede stellte sich aber nicht ein: An die Stelle des alten und erstarrten Kommunismus trat ein aufgewachter, neuartig erscheinender Nationalismus, der scheinbar vom sozialistischen Sowjet-Universalismus aufgefangen und beseitigt worden war.¹⁶ Nach Ausbleiben rascher Freiheitserfolge mündete vieles in die ebenfalls nicht schnell einlösbare Gleichheitsforderung. Diese doppelte Enttäuschung führte bei vielen Menschen in den postkommunistischen Gesellschaften zu politischer Agonie und neuer politischer Gleichgültigkeit, auch infolge von Traumata der Transformation, sowie zur Wiederentdeckung der Nische des Privaten und zu sozialistischer Nostalgie, wie Befragungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus Ostdeutschland ergeben haben.¹⁷

Das Jahr 1989 bedeutete nur eine scheinbare Wiederkehr der Ereignisgeschichte. Tatsächlich fanden in den Folgen der Geschehnisse unterschiedliche Strukturen ihren Ausdruck. Es waren Umsturzbewegungen, die Übergänge ermöglichten, die über Jahre andauern sollten. In sehr kurzer Zeit waren die neuen Regierungs- und Staatsformen gezwungen, die über Jahrzehnte zurückreichenden Entwicklungen der westlichen Demokratien nachzuvollziehen. Die Umorganisation des ökonomischen Systems von einer Kommandowirtschaft zu einem harten Kapitalismus legte hinsichtlich der Ideologie und Mentalität spezifische Probleme auf beiden Seiten, in Ost wie West, offen. Das Fehlen einer festgefühten Ordnung hing damit eng zusammen.¹⁸

12 Kühnhardt, *Revolutionszeiten*, S. 236.

13 Ebd., S. 212, S. 262, S. 300.

14 Wolf Lepenies, *Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung*, Berlin 1992.

15 Timothy Garton Ash, *Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990*, München-Wien 1990.

16 Kühnhardt, *Revolutionszeiten*, S. 212.

17 Siehe hierzu Michael Gehler, *Befunde und Thesen zu einer gebrochenen Erlebnisgeneration und geteilten Erinnerungsgeschichte*, in: Michael Gehler/Oliver Dürkop (Hrsg.), *Deutsche Einigung 1989/90. Zeitzeugen aus Ost und West im Gespräch*, Reinbek 2021, S. 1781–1787.

18 Gerd Meyer (Hrsg.), *Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch* (Tübinger Mittel- und Osteuropastudien – Politik, Gesellschaft, Kultur 5), Tübingen – Basel 1993; Clemens Friedrich/Birgit Menzel (Hrsg.), *Osteuropa im Umbruch. Alte und neue Mythen*, Frankfurt am Main-Berlin-Bern u. a. 1994.

»1989« war gleichzeitig Wiederentdeckung Mitteleuropas, »Rückkehr nach Europa«¹⁹ und »Beginn einer gesamteuropäischen Neufindung«.²⁰ Die Europäischen Gemeinschaften (bzw. die Europäische Union [EU] mit dem Vertrag von Maastricht) reagierten auf die Veränderungen in der Mitte des Kontinents durch das Integrationsprogramm des Kommissionspräsidenten (1985–1995) Jacques Delors mit Vertiefung – Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion – vor Erweiterung und damit letztlich einseitig. Der zweifache Ratschlag zur Einführung der Demokratie und zum Aufbau der Marktwirtschaft an die so bezeichneten und wartenden »Kandidatenländer« erwies sich als zu einfach, einseitig und vordergründig. Der Transformationsprozess war nämlich von einem schwerwiegenden ökonomischen Niedergang begleitet. Dem *annus mirabilis* 1989 folgten *anni miserabiles*.²¹ Demokratie und Marktwirtschaft liefen auf einmal selbst Gefahr, zur realitätsfernen Empfehlung zu gerinnen, das Ende einer Ideologie der Machbarkeit zu signalisieren und aufgrund nur langsamer oder fehlender Umsetzungsmöglichkeiten fragwürdig zu werden. Daher wird im Rückblick auf das Jahr 1989 langfristig die eigentliche Entzauberung der demokratischen Fortschrittsidee gesehen. Die Grenzen des Parteien- und Sozialstaates waren seither deutlicher denn je geworden.²²

1.2 *Das Scheitern der Reformen Gorbatschows und das Ende der Sowjetunion*

Im Juli 1985 sprach Österreichs Botschaft in Moskau bereits etwas vorschnell von einer »Ära Gorbatschow«, zumal völlig unklar war, wie sein politisches Experiment enden und wohin seine Politik tatsächlich führen würde. Der Chef der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und dann Staatspräsident versuchte außenpolitischen Ballast abzuwerfen, ohne gleich radikal neue Wege zu gehen. Nach drei Jahren Amtszeit deutete nichts auf einen Durchbruch hin: Die Wirtschaftsreformen wurden zwar aus österreichischer Beobachterperspektive oft im Geiste der »Perestroika« beschworen, die verordneten Maßnahmen würden aber einer »hemmenden Administrierung« und einer »zunehmenden Bürokratisierung« unterliegen. Das Verhalten der mittleren Ministerial- und Planungsbürokratie wurde als »retardierendes Element« interpretiert. In der Außenpolitik waren hingegen am deutlichsten erkennbare Erfolge registrierbar. Neue Qualität kam durch die zum Abschluss tendierenden Verhandlungen des 3. Folgetreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die Verifikation des Intermediate-Range Nuclear Forces (INF)-Vertrags bezüglich

19 Hans Lemberg, Osteuropa, Mitteleuropa, Europa. Formen und Probleme der »Rückkehr nach Europa«, in: Jürgen Elvert/Michael Salewski (Hrsg.), *Der Umbruch in Osteuropa*, Stuttgart 1993, S. 15–28.

20 Kühnhardt, *Revolutionszeiten*, Zitate S. 214, S. 221.

21 Berendt, *Central and Eastern Europe*, S. 341–343.

22 Kühnhardt, *Revolutionszeiten*, S. 237–238.

Abbau nuklearer Mittelstreckensysteme sowie die Initiativen zum Strategic Arms Reduction Treaty (START) zur Verringerung strategischer Waffen zum Ausdruck. Im April 1988 berichteten Österreichs Botschafter Herbert Grubmayr und sein Vertreter Martin Vukovich aus Moskau nach Wien, dass nach Abwehr eines Putschversuchs der Konservativen unter Jegor Ligatschow neue Chancen für die Reformen Gorbatschows gegeben seien. Moskaus Zurückhaltung nach der symbolischen Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze durch die Außenminister Alois Mock und Gyula Horn am 27. Juni 1989 und dem anschließenden Paneuropa-Picknick am 19. August erklärte sich Grubmayr damit, dass es zu diesem Zeitpunkt schon massive innere Probleme in der UdSSR gegeben hatte. Im Kreml musste man sich in dieser Zeit nicht nur um den Fortbestand des Warschauer Pakts, sondern v. a. um den der Sowjetunion selbst sorgen. Der Fluchtbewegung der DDR-Bürgerinnen und Bürger aus Ungarn wurde im Kreml nicht so viel Aufmerksamkeit geschenkt wie im Westen, gleichwohl diese ein Brandbeschleuniger für das nahende Ende der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) war. Der KPdSU-Chef befürwortete zwar zunächst nicht die deutsche Einheit, seit Januar 1990 musste er aber einsehen, dass die DDR nicht mehr zu halten war. Unter keinen Umständen wollte er kriegerische Verwicklungen mit dem Westen, dessen Unterstützung er für seine Reformen brauchte. Angesichts der deprimierenden Ergebnisse der Innenpolitik fragte sich Österreichs Botschaft in Moskau, ob die Bevölkerung in der Sowjetunion nicht längst schon »perestroikamüde« geworden sei. Die Situation verschärfte sich so, dass im Dezember 1989 schon die Gefahr eines Militärputsches bevorzustehen schien.²³

Mit der Wahl von Boris Jelzin zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet der Russischen Föderation am 29. Mai 1990 war ein Meinungsumschwung gegen Gorbatschow ablesbar. Bei den ersten demokratischen russischen Präsidentschaftswahlen wurde Jelzin am 12. Juni 1991 mit klarem Votum zum ersten Präsidenten Russlands gewählt. Auf dem XXVIII. Parteitag erklärte er seinen Austritt aus der KPdSU. Gorbatschow griff auf Sondervollmachten zu, die aber seine Position nicht festigten. Im August 1991 kam der von österreichischer Seite schon befürchtete Militärputsch, den Gorbatschow nur noch als Statist erlebte, urlaubend auf der Krim, wo er unter Hausarrest stand. Mit seiner Absetzung wurde der politische Ausnahmezustand ausgerufen. Jelzin konnte sich als neue Führungsfigur gegen die Putschisten behaupten und forcierte ein neues

²³ Mehr Einzelinformationen dazu bei Michael Gehler, Vom Machtantritt Gorbatschows bis zum Ende der Sowjetunion. Die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa 1985–1991 aus österreichischer Sicht, in: Michael Gehler/Andrea Brait (Hrsg.), Von den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa bis zum Zerfall der Sowjetunion 1985–1991. Eine Dokumentation aus der Perspektive der Ballhausplatzdiplomatie, 2 Bde., Hildesheim/Zürich/New York 2023, Teilband 1: S. 7–97; dazu auch Michael Gehler, Der ambivalente Revolutionär. Michail Gorbatschow wollte die Sowjetunion von Grund auf umgestalten, um sie zu retten. Wie sah man damals in Wien das Projekt von »Glasnost« und »Perestroika«?, in: *Extra. Die Wochenend-Beilage der Wiener Zeitung*, 3./4. 9. 2022, S. 34.

Russland losgelöst von der Sowjetunion.²⁴ Gorbatschow warnte vergeblich vor völliger Desintegration und stemmte sich gegen das drohende Aus der UdSSR, die am 26. Dezember 1991 mit ihrer Auflösung endete. Der ambivalente Revolutionär Gorbatschow löste Prozesse aus, die er nicht mehr beherrschen, geschweige denn lenken konnte. Er wollte dem »alten Denken« der Sowjetunion ein Ende bereiten und das Aufkommen »neuer Denker« ermöglichen, ohne dabei aber zu ahnen, was das für die Zukunft Russlands bedeuten würde. Seine Vision blieb Illusion.²⁵

1.3 *Der blutige und gewaltsame Zerfall Jugoslawiens*

Es war dem ehemaligen Partisanenführer und Staatschef Josip Broz Tito vorbehalten, Jugoslawien zusammenzuhalten. Nach seinem Tod 1980 nahmen innere Spannungen zu und ab den 1990er-Jahren bis zu ihrer Mitte setzte der Zerfall des Vielvölkerstaats für alle Welt sichtbar voll und offen ein.²⁶ Dieser Auflösungsprozess war mit ungeahnt brutalen, genozidalen und gewalttätigen Handlungen eines angeblich »neuen Kriegs«²⁷ verbunden. Auf dem XIV. Außerordentlichen Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) vom 20. bis 23. Januar 1990 bestand ein fundamentaler Dissens zwischen Serbien einerseits, das auf einer zentralen Führung bestand, und Slowenien andererseits, das föderativ ausgerichtet war und – unterstützt durch Kroatien – die Auflösung der BdKJ und die Umwandlung des Vielvölkerstaats in eine Konföderation mit unabhängigen Parteiorganisationen der Teilrepubliken und autonomen Provinzen forderte. Die Verhandlungen endeten ergebnislos. Die reformorientierten slowenischen Politikerinnen und Politiker der Kommunistischen Partei verließen den Parteitag und vollzogen am 4. Februar offiziell den Bruch. Die Umbenennung der bisher sozialistischen Republik in Republik Slowenien durch das Parlament in Ljubljana war dessen sichtbarster Ausdruck. Die Regierung erklärte die Unabhängigkeit am 2. Juli in einer »Deklaration über die Souveränität des Staates Slowenien«. Sie verkündete zudem eine eigene Außen-, Wirtschafts-, Rechts- und Informationspolitik. Drei Monate später beschloss am 27. September 1990 das slowenische Parlament die Außerkraftsetzung der Bundesgesetze für die Teilrepublik Slowenien und in einem Plebiszit am 23. Dezember votierten 88,5 % der Wählerschaft für die Unabhängigkeit, verbunden mit der Absicht, die Sicherheitspolitik in den eigenen Kompetenzbereich zu überführen. Am 4. Februar erteilte die Republik Slowenien der Umwandlung Jugoslawiens

²⁴ Ignaz Lozo, *Der Putsch gegen Gorbatschow und das Ende der Sowjetunion*, Köln-Weimar-Wien 2014.

²⁵ Gehler, *Der ambivalente Revolutionär*, S. 34.

²⁶ Johannes M. Becker/Gertrud Brücher (Hrsg.), *Der Jugoslawienkrieg. Eine Zwischenbilanz. Analysen über eine Republik im raschen Wandel* (Schriftenreihe zur Konfliktforschung 23), Berlin-Münster 2001.

²⁷ Marie-Janine Calic, *Der erste »neue Krieg«? Staatszerfall und Radikalisierung der Gewalt im ehemaligen Jugoslawien*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* (2005), Heft 1, S. 71–87.

in einen Bund souveräner Einzelstaaten eine Absage. Präsident Milan Kučan erklärte abermals die Unabhängigkeit Sloweniens von anderen Republiken. In den Wahlen im Nachbarland vom April und Mai ging die Hrvatska Demokratska Zajednica (HDZ) unter Führung des ehemaligen Partisanengenerals Franjo Tuđman als Sieger hervor. Wie in Slowenien sprach sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für einen unabhängigen und souveränen Staat aus, wobei noch offen blieb, ob dies in einer »Allianz souveräner Staaten« erfolgen könne. Präsident Tuđman betonte jedoch noch am Tag der Volksabstimmung, Kroatien wolle »die vollständige Souveränität«, sofern dieser Staatenbund nicht zustande kommen würde. Das kroatische Parlament beschloss am 26. Juli mehrere konstitutionelle Änderungen und am 22. Dezember wurde eine neue kroatische Verfassung verkündet, die das Landes- über das Bundesrecht stellte. Daraufhin erklärte am 1. April 1991 die serbische Minderheit in Kroatien ihren Anschluss an Serbien und kündigte die Mobilisierung ihrer Miliz- und Freiwilligenverbände an. Nach erfolglosen Bemühungen um eine Umstrukturierung des Bundesstaates beschloss das kroatische Parlament am 30. Mai 1991 die Trennung von Jugoslawien im Falle weiterer Uneinigkeit über dessen Umwandlung bis spätestens 30. Juni. Während in den Provinzen Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, wo am 20. Dezember mit Alija Izetbegović erstmals ein nichtkommunistischer Präsident gewählt wurde, die Kommunistischen Parteien sowie deren sozialistische Nachfolgeparteien große Verluste erlitten, gelang es orthodoxen Kräften in Serbien und Montenegro, sich die absolute Mehrheit zu sichern. Die von der Mehrheit der Kosovo-Albanerinnen und -Albaner boykottierte Präsidentschaftswahl in der Teilrepublik Serbien gewann der bisherige Amtsinhaber Slobodan Milošević mit 65,3 % der abgegebenen Stimmen. In Montenegro wurde der bisherige Amtsinhaber Momir Bulatović am 23. Dezember zum Republikpräsidenten gewählt mit der Folge einsetzender Ausschreitungen zwischen der serbischen und kroatischen Bevölkerung. Für die Zentralregierung wurde der drohende Abfall der nördlichen Provinzen immer greifbarer. Am 13. Juni 1991 warnte der jugoslawische Ministerpräsident vor einem Auseinanderbrechen des Bundesstaates, da seitens der Europäischen Gemeinschaft (EG) finanzielle Unterstützungen nur für ein stabiles Jugoslawien in den bestehenden Grenzen gewährt wurde. Der kroatische Ministerpräsident Stjepan »Stipe« Mesić war seit dem 1. Juli (bis zum 3. Oktober 1991) der letzte Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ). Jugoslawien drohte damit keine politische Führung mehr zu besitzen. Der Konflikt eskalierte als Belgrad in Slowenien militärisch eingriff.²⁸ Es

²⁸ Zum historischen Hintergrund, zur Chronologie und Entwicklung Sloweniens und Kroatiens 1991: Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, 2 Bde., Bd. 2, Innsbruck-Wien-Bozen 2005, S. 687–693.

folgte als Auftakt der kriegerischen Auseinandersetzungen²⁹ der sogenannte Zehn-Tage-Krieg – auch Slowenischer Unabhängigkeitskrieg genannt – vom 26. Juni bis zum 7. Juli 1991 als militärischer Konflikt zwischen der Jugoslawischen Volksarmee (JNA) und der slowenischen Territorialverteidigung aufgrund der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens vom 25. Juni. Die Kampfhandlungen endeten mit der Unterzeichnung des Brioni-Abkommens. Der Kroatienkrieg vollzog sich hingegen länger zwischen 1991 und 1995. Während des Krieges kämpfte die kroatische Armee gegen die Armee der selbst proklamierten Republik Serbische Krajina (RSK), die militärisch von der JNA, serbischen paramilitärischen Einheiten sowie der Serbischen Freiwilligengarde unterstützt wurde. Die Kämpfe änderten nichts mehr an dem Ergebnis des Referendums vom Mai 1991, als 93,24 % der Abstimmungsberechtigten eine Loslösung der Sozialistischen Republik Kroatien von der SFRJ befürworteten. Dieses Referendum wurde vor allem von serbischer Seite boykottiert, die in der neuen Verfassung Kroatiens nicht mehr explizit erwähnt wurde und sich zu einer nationalen Minderheit degradiert fühlte. Sie strebten nach einer Loslösung von Kroatien und dem Verbleib in der SFRJ.³⁰

2. ÖSTERREICH 1989/91 UND DIE FOLGEN DER UMBRÜCHE UND UMWÄLZUNGEN

Das neutrale Österreich hatte sich im bipolaren System nach dem Zweiten Weltkrieg gut in Europa zwischen Ost und West eingerichtet.³¹ Diese komfortable Lage mag dazu beigetragen haben, dass österreichische Diplomatinen und Diplomaten die Entwicklungen des Wendejahres von Anfang an nicht immer zutreffend einschätzten. Erhard Busek erinnerte sich etwa daran, dass im Bericht des österreichischen Botschafters in Polen »vor dem Runden Tisch 1989 stand, dass die Kommunisten an der Regierung bleiben würden und man die Solidarność völlig vernachlässigen könne. Viele Diplomaten hatten keine Strategie.«³² Der österreichische Botschafter in der DDR, Franz Wunderbaldinger, berichtete noch im September 1989, dass es »in der DDR keinen großen Druck zu radikalen Veränderungen gäbe. Mit plötzlichen Auf-

29 Christopher Bennet, *Yugoslavia's Bloody Collapse. Causes, Course und Consequences*, London 1995; Jože Pirjevec, *Le guerre jugoslave 1991–1999*, Torino 2014.

30 Für alles Weitere siehe Holm Sundhaussen, *Postjugoslawische Kriege (1991–95, 1998/99)*, in: Konrad Clewing/ Holm Sundhaussen (Hrsg.), *Lexikon zur Geschichte Südosteuropas*, Wien-Köln-Weimar 2016, S. 742–747.

31 Vgl. hierzu auch: Christoph Reinprecht, *Österreich und der Umbruch in Osteuropa*, in: Reinhard Sieder/Heinz Steiner/Emmerich Tálos (Hrsg.), *Österreich 1945–1995. Gesellschaft Politik Kultur (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 60)*, Wien 1995, S. 341–353, hier S. 341.

32 Busek: »Ich habe das Knistern der Geschichte gehört, in: *Kurier* 2. 3. 2014, S. 18f., hier S. 18.

wallungen und Kursänderungen sei nicht zu rechnen. Weil er im großen und ganzen funktioniert, würde der Staat von der Bevölkerung auch akzeptiert.« Friedrich Bauer, Österreichs Botschafter in Bonn, meinte, dass »das Nebeneinander der beiden deutschen Staaten [...] von praktisch allen akzeptiert« werde.³³ Mit diesem Befund sollte er jedenfalls im Westen nicht allein dastehen.

Zu diesem Zeitpunkt war Österreich bereits nicht mehr nur Beobachter der Umbruchprozesse, sondern auch Akteur. Das symbolische Durchschneiden der letzten Reste des Eisernen Vorhangs an der ungarisch-österreichischen Grenze am 27. Juni 1989 durch Mock und Horn und das Paneuropa-Picknick am 19. August 1989, bei dem hunderte DDR-Bürgerinnen und -Bürger in den Westen flohen, haben für weltweite Medienaufmerksamkeit gesorgt und die Entwicklungen des Herbsts 1989 beschleunigt.³⁴

Noch viel mehr als Österreich auf die weltpolitischen Änderungen Einfluss nahm, wirkten sich diese in den folgenden Monaten und Jahren auf den Staat aus, der – wie gerne betont wird – vom Rand in die Mitte Europas gerückt ist.³⁵ Die Lage begünstigte die wirtschaftliche Entwicklung – Österreich gehört klar zu jenen Staaten, die von der »Ostöffnung« profitierten. Die Handelsaktivitäten mit den mittel- und osteuropäischen Staaten, die ab 2004 beziehungsweise 2007 auch EU-Mitgliedstaaten werden sollten, konnten deutlich ausgeweitet werden. Trotz einiger negativer Aspekte, wie beispielsweise das Sinken der Lohnquote, ergaben sich für Österreich mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Dies ist aber nicht allein auf die Umbrüche der Jahre 1989–1991 zurückzuführen, sondern auf die EU-Mitgliedschaft seit 1995 und die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ab 1999.³⁶

Auf eine euphorische Stimmung im Sommer und Herbst 1989 folgten jedoch bald Ernüchterung und Konzentration auf Problemlagen. Zunehmende illegale Grenzübertritte und steigende Kriminalitätsraten bewogen die politischen Akteurinnen

33 Information betreffend »Das Gespenst der deutschen Wiedervereinigung«, 19. September 1989, BMeiA, Kt. ÖB-Berlin (Ost), Res 1989 (1–10) / 24, GZ 22.17.01/4-II.6/89.

34 Vgl. dazu u. a. Maximilian Graf, Die Welt blickt auf das Burgenland. 1989 – die Grenze wird zum Abbild der Veränderung, in: Maximilian Graf/Karlo Ruzicic-Kessler/Birol Kilic (Hrsg.), 100 Jahre Burgenland. Geschichte einer internationalen Grenzregion, Wien 2021, S. 135–179; Maximilian Graf, Die Welt blickt auf das Burgenland. 1989 – die Grenze wird zum Abbild der Veränderung, in: Maximilian Graf/Alexander Lass/Karlo Ruzicic-Kessler (Hrsg.), Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert, Wien 2012, S. 135–179.

35 Vgl. u. a. Barbara Beer, 27. Juni 1989: Als Wien vom Rand Europas ins Zentrum rückt, <https://kurier.at/politik/inland/27-juni-1989-als-wien-vom-rand-europas-ins-zentrum-rueckt/400531057>, eingesehen 7. 7. 2024.

36 Vgl. dazu u. a. Fritz Breuss, Auswirkungen der Ostöffnung 1989 auf Österreichs Wirtschaft, in: Andrea Brait/Michael Gehler (Hrsg.), Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 49), Wien-Köln-Weimar 2014, S. 67–108.

und Akteure in Österreich, den sogenannten Assistenzeinsatz zu starten.³⁷ Die vom Osten geöffneten Grenzen wurden seitdem vom Westen wieder zu schließen versucht.

Die eskalierende Lage im südöstlichen Nachbarland beobachtete Österreichs Bundesregierung mit wachsender Besorgnis. Als die Situation für die Bundesländer Kärnten und Steiermark immer bedrohlicher wurde, beschloss die Große Koalition einen Assistenzeinsatz des Bundesheeres. Nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens am 25. Juni hatte Verteidigungsminister Werner Fasslabend schon »Bereitschaftsdienst in den grenznahen Garnisonen« angekündigt. Für die genannten Bundesländer galt Alarmbereitschaft. Die Kampfhandlungen zwischen der jugoslawischen Volksarmee und slowenischen Milizverbänden waren von Gefechten im Raum Spielfeld, Bleiburg, Bad Radkersburg und Unterdrauburg an der Grenze Österreichs gekennzeichnet. In der ersten Juliwoche zeichnete sich erst eine Entspannung der Lage in Slowenien ab, sodass die österreichischen Einsatzkräfte reduziert werden konnten. Das österreichische Außenministerium entschied schließlich unter Mock, als die secessionistische Entwicklung Ende Juni nicht mehr aufzuhalten war, die Jugoslawienkrise zu internationalisieren, indem auf die konsequente Anwendung des Wiener Dokumentes für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 17. November 1990 hingewiesen wurde. Da die Reaktion Jugoslawiens auf die österreichische Initiative nicht positiv ausfiel, sah sich Mock dazu veranlasst, zur zweiten Stufe überzugehen und ein Treffen aller KSZE-Staaten im Rahmen des Wiener Konfliktverhütungszentrums (KVZ) zu verlangen, das am 2. Juli stattfand, gleichwohl auch seitens der USA, aber auch von einzelnen EG-Mitgliedern Kritik daran geübt wurde. Nachdem der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher unter Berufung auf die im KSZE-Rat vom 19./20. Juni in Berlin gefassten Beschlüsse bezüglich eines »Mechanismus für Konsultation und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen« für den 3. Juli nach Prag geladen hatte, unterstützte auch Österreich diese Initiative und war sodann ebenfalls beteiligt an der Ausarbeitung einer Deklaration bezüglich der Entsendung von KSZE-Beobachterinnen bzw. -Beobachtern ins Krisengebiet. Aufgrund der österreichischen Intervention konnten sowohl slowenische als auch kroatische Vertreterinnen bzw. Vertreter bei diesem Treffen anwesend sein. Erst als die militärische Gewalt in der ersten Juliwoche 1991 weiter eskalierte, schlug die Verstimmung der außenpolitischen Partner, die unterdessen durch Diplomatinen und Diplomaten von der österreichischen Sicht der Dinge unterrichtet worden waren, in ein stilles Einverständnis um.

37 Vgl. dazu u. a. Andreas Pudlat, Kriminalitätsbekämpfung in Zeiten offener Grenzen. Österreichs Grenzräume im kriminalstrategischen Spannungsfeld, in: Andrea Brait/Michael Gehler (Hrsg.), Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 49), Wien-Köln-Weimar 2014, S. 263–281.

Auf der Konferenz der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten, die am 31. Juli/1. August 1991 beendet wurde, konnte lediglich der Forderung nach dem Ende jeder Gewalt und einer Rückkehr der Truppen in die Kasernen Ausdruck verliehen werden. Ein dritter Vorschlag Österreichs – die Einsetzung einer Gruppe von Expertinnen und Experten, die in das Krisengebiet reisen sollte – konnte erst auf der nach Prag einberufenen KSZE-Konferenz verhandelt werden.³⁸

3. DIE BUNDESLÄNDER UND DIE UMBRÜCHE 1989/91

3.1 *Das Burgenland*

Durch die ungarisch-österreichische Grenzöffnung im Spätsommer 1989 mit zehntausenden ausreisewilligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern rückte das Burgenland für kurze Zeit in den Fokus der internationalen Medien und dies nicht zuletzt mit Blick auf die deutsch-deutschen Beziehungen. Die Burgenländerinnen und Burgenländer standen zwischen dem Paneuropäischen Picknick vom 19. August und der Grenzöffnung vom 10./11. September 1989 den ostdeutschen Flüchtlingen bei und unterstützten sie, sodass sie sich des Danks des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl gewiss sein konnten, der immer zielstrebig die deutsche Einigung anstrebte, die von österreichischer Seite intensiv beobachtet wurde.³⁹ Bald machten sich Schattenseiten der offenen Grenze bemerkbar, wie Maximilian Graf zeigt. Überschwappender ungarischer Einkaufstourismus und wachsende Befürchtungen in Bezug auf unregelmäßige Migration schienen an dieser Grenze einen Assistenzeinsatz des österreichischen Bundesheeres notwendig zu machen. Wie kaum ein anderes Bundesland profitierte jedoch das Burgenland vom Zäsurjahr 1989 durch den Abbau des Eisernen Vorhangs, verlor damit seine östliche Randposition und rückte in die Mitte eines freien Europas. Eine Intensivierung grenzüberschreitender Beziehungen setzte ein und die burgenländische Wirtschaft erhielt einen An Schub, der sich nach Österreichs Beitritt zur EU noch verstärken sollte: Das Burgenland erlangte den Fördergebiet Nr. 1-Status, avancierte zu einer prosperierenden Region in Zentraleuropa, legte sein Image als Armenhaus Österreichs definitiv ab und verband sich – trotz der noch bestehenden juristischen Grenzen – stärker mit den Nachbarräumen.

³⁸ Zur Rolle Österreichs vom Sicherungseinsatz des Bundesheeres bis zum langen und strittigen Weg zur Anerkennung der Teilrepubliken: Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, Bd. 2: S. 694–716.

³⁹ Michael Gehler/Maximilian Graf (Hrsg. in Zusammenarbeit mit Philipp Greiling, Sarah Knoll und Sophie Bitter-Smirnov), Österreich und die deutsche Frage. Vom Honecker-Besuch in Bonn bis zur Einheit 1987–1990, Göttingen 2018.

3.2 *Wien*

Die Wiener Bevölkerung sah die Grenzöffnung zunächst sehr positiv und auch in der Wiener Kommunal- und Landespolitik löste die Grenzöffnung 1989 eine gewisse Euphorie aus, wie Andreas Weigl analysiert. Insbesondere der neue Einkaufstourismus wurde begrüßt, wenngleich dieser die Stadt unmittelbar nach der Grenzöffnung vor logistische Herausforderungen stellte. Bald wurden neue Bahnverbindungen gefordert, damit noch mehr Menschen in die österreichische Hauptstadt reisen können. Als unmittelbare Auswirkungen lassen sich jedoch auch Probleme mit Schwarzhandel sowie illegaler Migration feststellen – Herausforderungen, die zu Ängsten und Ablehnung in der Bevölkerung führten. Insgesamt profitierte Wien jedoch von der Grenzöffnung: War die Stadt in Bezug auf die Bruttowertschöpfung und Beschäftigungsentwicklung seit Mitte der 1970er-Jahre zurückgeblieben, performte sie im Zeitraum 1989–1994 überdurchschnittlich.

3.3 *Niederösterreich*

In Niederösterreich zeigte sich zunächst ebenfalls eine große Euphorie, als im Dezember 1989 die Grenzen zum Nachbarn Tschechoslowakei geöffnet wurden, wie Andrea Brait aufzeigt. Als der erste grenzüberschreitende Zug in die nahe der Grenze gelegene Stadt Retz einfuhr, wurden die Reisenden aus der Tschechoslowakei von der einheimischen Bevölkerung freudig begrüßt. Für die Medien wurde die Grenzöffnung von den Außenministern Mock und Jiří Dienstbier gemeinsam mit Landeshauptmann Siegfried Ludwig inszeniert. Sehr schnell wurden neue Grenzübergänge und Verkehrswege gefordert, deren Realisierung aber bis zum heutigen Tag nicht abgeschlossen ist. Die kurzfristige große Bereitschaft zum grenzüberschreitenden Austausch, der sich etwa in einer starken Zunahme an Personen zeigte, die Tschechisch lernen wollten, nahm rasch wieder ab. Zudem ist eine Belastung der Beziehungen insbesondere durch die Diskurse um grenznahe Kernkraftwerke festzustellen. In wirtschaftlicher Hinsicht verzeichnete Niederösterreich in den Jahren 1988–1992 das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer, doch profitierte der Zentralraum mehr als die Grenzregionen.

3.4 *Oberösterreich*

Auch in Oberösterreich spielten Michael John zufolge die unmittelbaren, grenznahen Kontakte eine große Rolle. Der Zugang zum Plöckensteiner See (Plešné jezero), der nach langen Verhandlungen, die in die Zeit vor der Grenzöffnung zurückreichten, im Juni 1990 erreicht wurde, wurde etwa freudig begrüßt und fand ein großes Medienecho. Es kam auch zu vielseitigen kulturellen Kontakten und langfristigen Austauschformaten, wie in den 1990er-Jahren die »Budweiser Sommeruniversität«, ein Gemeinschafts-

projekt der Universitäten Linz und Budweis, oder der 2003 gegründete »Tschechische Stammtisch – Český stůl« in Linz. Zumal in Oberösterreich viele aus der Tschechoslowakei Vertriebene und deren Nachfahren lebten, bedeutete die Grenzöffnung für viele Menschen im Bundesland jedoch auch eine persönliche Betroffenheit. Unter diesen war etwa der damalige Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz, Franz Dobusch, der erstmals das ehemalige Haus (bzw. dessen Überreste) seiner Eltern aufsuchte. Als langfristige Folge der politischen Entwicklungen der Jahre 1989–1991 lässt sich auch in Oberösterreich eine neue Zuwanderung feststellen, zu der aber ein ablehnendes Meinungsbild in der Bevölkerung festzustellen ist.

3.5 *Die Steiermark*

Für die Steiermark bedeuteten die mit einschneidenden Veränderungen verbundenen Jahre von 1989 bis 1991 neue Chancen in politischer und ökonomischer Perspektive. Der dominanten ÖVP-Stellung boten sich weiterhin ungeahnte »außenpolitische« Möglichkeiten, etwa für den zügigen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften und die Unabhängigkeit für Slowenien einzutreten – zeitlich noch vor der Bundesregierung, wie Anita Ziegerhofer betont. Doch der Erfolgsschein der Volkspartei trog. Landeshauptmann Josef Krainer junior stand bereits am Höhepunkt seiner Macht, wie die dann einsetzenden Verluste bei den Wahlen von 1991 und 1995 erkennen ließen, wobei innenpolitische Gründe ausschlaggebend waren. Die »Skandalrepublik Österreich« machte auch vor der Steiermark nicht Halt. Wirtschaftlich profitierte das Bundesland jedenfalls ab 1989 nach Überwindung der Rezession und Stagnation von einem Aufschwung. Es avancierte zur Drehscheibe für moderne Technologieentwicklung internationaler Großunternehmen sowie für neue Forschung als Innovationsregion in vergleichender europäischer Perspektive mit der Weltraumforschungsstadt Graz. Der, wenn auch nur kurze, Krieg in unmittelbarer Nachbarschaft verstärkte den Wunsch zum Beitritt in die als Friedensgemeinschaft zu verstehende EU. Die Zäsurjahre von 1989 bis 1990 bewirkten für die Steiermark gewaltige Anstöße für ein eigenständiges und selbstbewusstes Handeln. Dabei wurde der sogenannte steirische Weg bewusst betont und – ohne Rücksicht auf oder gerade auch gegen Wien – eigenwillig beschritten.

3.6 *Kärnten*

In Kärnten brachte bereits das Frühjahr 1989 eine Wende, nachdem Jörg Haider (FPÖ) das Amt des Landeshauptmanns übernommen hatte. In Anknüpfung an traditionell im Bundesland verbreitete antislowenische Ressentiments wurde vor allem im Schulbereich eine minderheitenfeindliche Politik betrieben, wie Julia Brandstätter und Karlo Ruzicic-Kessler zeigen. Die auf die Grenzöffnung folgende Migration wurde

negativ konnotiert, die Aufnahme von Geflüchteten in Kärnten kategorisch abgelehnt. Haider nutzte die nun auch in den Medien verstärkt diskutierte »Ausländerfrage« zur Mobilisierung der Wahlberechtigten. Gleichzeitig zeigte sich die Kärntner Landespolitik sehr an der Alpen-Adria-Initiative interessiert und begrüßte den Zerfall Jugoslawiens. Auch unter Haiders Nachfolger als Landeshauptmann, Christof Zernatto, setzte sich die Landespolitik für die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens ein und forderte dies in einem Landtagsbeschluss auch von der Bundesregierung, die mit diesem Schritt jedoch auf die EG-Mitgliedstaaten wartete.

3.7 Salzburg

Neben anderen westlichen Bundesländern stand Salzburg seit den Jahren 1987/88 an der Spitze der Forderungen an die Bundesregierung, mit der Beitrittspolitik zu den Europäischen Gemeinschaften Ernst zu machen. Für eines der europäischsten Bundesländer Österreichs führten die Jahre von 1989 bis 1991 zu einer eigens ermächtigten Auftragserteilung zum Aufbau neuer Beziehungen zu den östlichen Räumen im Rahmen einer regionalen Außenpolitik. Das ist insofern bemerkenswert, als sich diesbezügliche Ambitionen der östlichen Bundesländer laut Franz Schausberger im Vergleich dazu bescheidener und zurückhaltender verhielten, wie er aus eigenem Erleben berichtet. Die rasche Aufnahme von Kontakten mit neuen Parteien in den sich selbst befreienden Nachbarländern durch ideelle, materielle, organisatorische und politische Hilfestellungen in Vorbereitung erster freier Wahlen waren gute und praktische Dienste zum Aufbau der Demokratie in den ehemaligen Staaten des »Ostblocks«. Davon zeugen Formen der Zusammenarbeit mit Kroatien, Litauen, Tschechien, Slowenien und Ungarn, die auf Polen, die Ukraine und schließlich auch auf Russland ausgeweitet werden konnten. Mit Blick auf die Zielrichtung EU ging Salzburg ebenfalls als Pionier bei der Etablierung eines Integrationsrates des Landes und einer Verbindungsstelle der Stadt in Brüssel voran. Mit Insistenz selbst auch gegenüber der Bundespartei suchte die Salzburger Politik die Öffentlichkeit, wobei sie sich mit ihren föderalistischen Forderungen zur Untermauerung der Länderrechte trotz des »Perchtoldsdorfer Abkommens« nicht durchsetzen konnte.

3.8 Tirol

Die Umbrüche und Veränderungen bei den östlichen Nachbarn waren laut Nikolaus Hagen ein politisches Randthema in Tirol, und zwar nur kurz unterbrochen in der Zeit Anfang 1990, als es um die Unterbringung rumänischer Flüchtlinge ging. Im Zeitraum der »Wendejahre« dominierten andere Fragestellungen die Tiroler Politik: EG-Beitritt, Tourismus, Transitverkehr und Umweltschutz, alles Themen, die sich eigentlich auch im Kontext der Umbrüche in der Mitte und im Osten Europas auf-

greifen und diskutieren ließen. Die genannten innenpolitischen Herausforderungen und ungelösten Probleme trugen zur ersten desaströsen Niederlage der Tiroler VP bei den Landtagswahlen 1989 bei. Landeshauptmann Alois Partl blieb zwar noch im Amt, konnte aber aus dem Schatten dieser Wahlniederlage nicht mehr heraustreten und musste 1993 für seinen parteiinternen Widersacher Wendelin Weingartner Platz machen. Im Zuge der »Ostöffnung« kamen auch verkehrspolitische Warnrufe in Tirol auf, doch wurde das Ausmaß unterschätzt, zumal die Folgen erst verzögert eintraten. Für das »heilige Land« war es im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen umso wichtiger, im Bereich Verkehr und Wirtschaft mitzureden. Urlauberinnen und Urlauber aus der ehemaligen DDR, Tschechien und anderen mitteleuropäischen Staaten erschlossen sich im Laufe der 1990er-Jahre nicht aufgrund einer bewussten Strategie der Tiroler Tourismuswirtschaft, sondern selbstständig das westliche Alpenland.

3.9 Vorarlberg

In Vorarlberg hat sich weder das Interesse der Politik noch der Medien auf die Ostöffnung gerichtet. Der von Wolfgang Weber konstatierte Wandel betraf vielmehr Entwicklungen auf Landesebene: In wirtschaftlicher Hinsicht ergab sich eine Diversifikation, die das Ende der jahrzehntelangen Dominanz der Textilindustrie bedeutete, während die Elektro- und Metallindustrie gestärkt wurden. Die parteipolitische Landschaft wurde in den 1980er-Jahren um die Grünen erweitert und zivilgesellschaftliche Bewegungen gewannen an Bedeutung, was die Stellung der Katholischen Kirche schwächte. Auch in anderer Hinsicht gelang eine Öffnung: 1990 wurde Elisabeth Gehrler als erste Frau Teil einer Vorarlberger Landesregierung. Trotz des recht konsequenten Blicks nach innen sind auch in Vorarlberg indirekte Auswirkungen der Ostöffnung feststellbar: So kam es etwa ab 1989 zu einem Bevölkerungswachstum und einer Zunahme von Migration.

3.10 Das »zehnte Bundesland« Südtirol

Die Folgen der gesellschaftlichen und politischen Umbrüche in Mitteleuropa 1989/90 und der deutschen Einigung 1990 konnten auch in Südtirol nicht ausbleiben, zumal der internationale Streit zwischen Italien und Österreich vor den Vereinten Nationen noch nicht beigelegt und die Ausgestaltung der unvollkommen gebliebenen Autonomie im Rahmen zwischenstaatlicher Verhandlungen und auf der inneritalienischen Ebene noch nicht abgeschlossen waren. Die Umwälzungen in Deutschland und der Mitte Europas wirkten laut Michael Gehler als Beschleuniger für die Erzielung einer Vollautonomie für Südtirol. Die sich abzeichnende Implosion des politischen Systems Italiens erzeugte zudem Handlungsdruck auf die politischen Akteure und wirkte als weiterer Katalysator. Die deutsche Einigung sowie die Sezessionsbewegungen von

Jugoslawien gaben einerseits Selbstbestimmungsbefürwortern in und um Südtirol noch einmal Auftrieb, konnten aber andererseits Innsbruck, Wien, Bozen und Rom vom bewusst eingeschlagenen Kurs zur pragmatisch-praktischen Streitbeilegungserklärung vor der UNO 1992 nicht mehr abbringen, die letztlich nur überschaubare inner-tirolische Kritikerinnen und Kritiker auf den Plan gerufen hatte. Österreichs absehbarer Beitritt zur EU und die Streitbeendigung vor den Vereinten Nationen schufen für Vordenker, Wegbereiter und politische Entscheidungsträger in Tirol, Südtirol und dem Trentino Voraussetzungen zur Gründung der »Europaregion Tirol« 1995, gegen die römischen Einwände, Vorbehalte und Widerstände nichts mehr bewirken konnten.

4. DIE EUREGIONALE DIMENSION

Im Rahmen Europas sowie der EU existieren rund 200 Grenzregionen, die mit Nachbarräumen kooperieren. Grenzräume ohne Kooperationen gibt es in Europa kaum. Die Oberrhein-Region, die Regio Basiliensis oder Saarland-Lothringen-Luxemburg (Saar-Lor-Lux) sind beispielsweise nennenswert. Dabei ging historisch betrachtet die Initiative für Euregios nicht von der EU aus. Es handelte sich um Initiativen der Regionen selbst, gleichwohl man viel weniger finanzielle Ressourcen hatte, wie auch ein rechtlicher und administrativer Rahmen für Zusammenarbeit fehlte.⁴⁰

In den 1950er-Jahren hatten die staatlichen Grenzen nicht nur die Länder, sondern auch die Gesellschaften Europas noch stark getrennt. Nur wenige spektakuläre und spontane Aktionen wiesen auf diese Problematik hin, wie die Erstürmung von Grenzstationen und die Verbrennung von Symbolen von europabegeisterten Jugendlichen.⁴¹

Paolo Magagnotti machte bereits vor Längerem deutlich, dass für eine funktionierende grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine entwickelte und effiziente Mikrodiplomatie Voraussetzung ist. Nach 1945 waren viele nationalstaatliche Grenzen noch schmerzhaft. Lokale Angelegenheiten und Grenzfragen stellten keine Priorität der Zentralregierungen dar. Dagegen verspürten lokale und regionale Entitäten die Nachteile durch die fortbestehenden Grenzziehungen und die damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die sie überwunden sehen wollten. Dabei wird auch deutlich, dass Mikrodiplomatie zu Beginn von den zentralstaatlichen Behörden mit

⁴⁰ Claudia Hiepel, Die Euregios als Beispiele grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Europa, in: Michael Gehler/Deborah Cuccia/Jakob Iser/Philipp Strobl (Hrsg.), Geschichte Europas. Seine Desintegration und Integration schreiben. Vorläufer, Perzeptionen und Perspektiven der europäischen Idee. Hildesheimer Europagespräche VII, 2 Teilbände, Hildesheim-Zürich/New York 2023, S. 461–467, hier S. 462.

⁴¹ Siehe hierzu Christina Norwig, Die erste europäische Generation. Europakonstruktionen in der Europäischen Jugendkampagne 1951–1958 (Göttinger Studien zur Generationenforschung 21), Göttingen 2016, S. 331–340.